



November/Dezember 2009

Strategische Themen der internationalen Politik und Globalisierung

- **Klimawandel: bis 2020 muss gehandelt werden** Seite 1
- **Nach der Krise: Europa und die USA formieren Finanzüberwachung** Seite 2
- **Die demographische Zukunft Europas: Qualität statt Quantität** Seite 3
- **Folgt auf die Europäische jetzt die Asiatische Union?** Seite 3
- **Europa muss sein Verhalten gegenüber den USA neu definieren** Seite 4
- **Afghanistan: Vereinigung von OEF- und ISAF-Mission notwendig** Seite 5
- **Entscheidet die Kaschmir-Frage über den US-Erfolg in Afghanistan?** Seite 6
- **Islam: Madrasa-Schulen könnten Verständigung mit Westen fördern** Seite 6
- **Nordkoreakonflikt: China muss endlich Stellung beziehen** Seite 7
- **Pro & Contra: Kann der Westen die Entwicklung in Russland beeinflussen?** Seite 8
Pro: Einmalige Gelegenheit Seite 8
Contra: Lieber die Hände davon lassen Seite 8

Klimawandel: bis 2020 muss gehandelt werden

The Economics of Decarbonization, *Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung u.a.*, November 2009

Das Klima wird sich laut neuesten wissenschaftlichen Erkenntnissen schneller erwärmen als bisher angenommen, da die Ozeane ihre Fähigkeit zur CO₂-Aufnahme einbüßen. Laut Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung ist es nur noch bis 2020 möglich, die Kosten der Klimaerwärmung einzudämmen. Bis dahin besteht noch die Chance, das Erreichen von Kippunkten im Klimaprozess (Punkte, bei deren Überschreitung negative Prozesse eskalieren) abzuwenden und somit höhere Folgekosten zu vermeiden.

Dafür sind ambitionierte Projekte zum Emissionsabbau notwendig. Technisch ist es möglich, den CO₂-Ausstoß in der ersten Hälfte des 21. Jahrhunderts bei 450 ppm („parts per million“) zu stabilisieren und somit eine Erwärmung um mehr als zwei Grad Celsius zu verhindern. Die Kosten für eine Stabilisierung werden voraussichtlich zwischen 0,1 und 1,4% des globalen BIP liegen. Der CO₂-Ausstoß liegt momentan bei 385 ppm und wird sich bis zum Ende des Jahrhunderts verdoppeln, wenn nichts unternommen wird. Die Folge wäre eine Erwärmung der Erde von bis zu sieben Grad Celsius, die mit verheerenden Auswirkungen auf den

Mit den *Global Must Reads* will die Atlantische Initiative einen Beitrag zur Stärkung der außenpolitischen Kultur in Deutschland leisten. Unser Service bietet einen Überblick über besonders wichtige Studien und Analysen zur internationalen Politik. Bereits 22.000 Leser, darunter viele Entscheidungsträger aus Politik und Wirtschaft, nutzen unseren Service. Die *Global Must Reads* erscheinen auf Deutsch und in einer internationalen Ausgabe auf Englisch.

Als gemeinnütziger Verein bieten wir diesen Service für unsere Leser kostenfrei an. Wir sind allerdings auf finanzielle Unterstützung angewiesen und für jede Zuwendung dankbar. Spenden sind steuerabzugsfähig.

Atlantische Initiative e. V.

Wilhelmstraße 67
10117 Berlin
Germany

Tel: +49.30.206 337 88
Fax: +49.30.206 337 90

www.atlantische-initiative.org
info@atlantische-initiative.org

Vorstand

Dr. Johannes Bohnen
Jan-Friedrich Kallmorgen

Beirat

Dr. Rudolf Adam
Dr. Ronald D. Asmus
Prof. Dr. Arnulf Baring
Dr. Christoph Bertram
Carl-Eduard von Bismarck
Dr. Philip v. Boehm-Bezing
Dr. Mark Brzezinski
Jürgen Chrobog
Thomas L. Farmer
Dr. Klaus-Dieter Frankenberger
Dr. Jeffrey Gedmin
Prof. Dr. Helga Haftendorn
Dr. John C. Hulsman
Dr. Michael J. Inacker
Dr. Jackson Janes
Marvin Kalb
Dr. Walther Leisler Kiep
Eckart von Klaeden
Hans-Ulrich Klose
John Kornblum
Dr. Charles Kupchan
Alexander Graf Lambsdorff
Prof. Dr. Kurt J. Lauk
Dr. Beate Lindemann
Heike MacKerron
Dr. Norbert Otten
Cem Özdemir
Ruprecht Polenz
Avi Primor
Andrew Rasiej
Prof. Dr. E. Sandschneider
Prof. Dr. h.c. Horst Teltschik
Karsten D. Voigt
Lord Wallace

Bankverbindung

Atlantische Initiative e. V.
Bankhaus LÖbbecke AG
Bankleitzahl: 100 30 500
Kontonummer: 12 57 95 00

Registergericht

Amtsgericht Berlin Charlottenburg
Registernummer: VR 23583Nz

Steuernummer: 27/660/59701
USt-IdNr.: DE 252416799

Lebensraum beziehungsweise die ökologische Systeme verbunden ist. Um dies zu verhindern müssen bis zur Mitte des Jahrhunderts 1,2 Billionen US-Dollar in den Klimaschutz investiert werden, hauptsächlich in erneuerbare Energien, in Techniken zur CO₂-Abscheidung und -Speicherung und in die Nuklearenergie. Wichtig ist außerdem, Investitionen in alte Kohlekraftwerke sofort zu unterbinden. Die Kosten des Klimaschutzes würden sonst durch die damit verbundenen wirtschaftlichen Langzeitinteressen in einer karbonintensiven Infrastruktur enorm erhöht. Um den Klimaschutz international voranzutreiben, muss der CO₂-Ausstoß weltweit mit Gebühren belegt werden, zum Beispiel durch eine Internationalisierung des Emissionshandels. Mit Blick auf die Entwicklungsländer mag ein solches System momentan noch zu kostspielig erscheinen, doch auch hier empfiehlt sich eine schrittweise Einbeziehung in einen globalen Emissionshandel.

Für Europa hingegen ist bereits jetzt die Stunde des Handelns gekommen. Die EU braucht sofort einen verbindlichen Klimaschutzplan, der auf die komplette Dekarbonisierung des Energie- und Industriesektors (vor allem bei der Stahl- und Zementproduktion) abzielt, sowie auf die größtmögliche Verringerung von Treibhausgasen im Transportwesen und in der Landwirtschaft. Gesetzliche Rahmenbedingungen müssen schnellstmöglich geschaffen werden, auch um die Dekarbonisierung für private Investoren attraktiv zu machen. Denn jede Verzögerung erhöht nur die Klimafolgekosten: Wartet man mit Stabilisierungsmaßnahmen bis 2020, wird es zwar noch möglich sein die Erwärmung bei zwei Grad Celsius einzudämmen, aber die Kosten steigen dann um mindestens 46%. Sollte die Weltgemeinschaft bis 2030 nichts für den Klimaschutz unternommen haben, ist die Chance, eine Stabilisierung bei 450 ppm zu erreichen, für immer verspielt. [Mehr...](#)

Nach der Krise: Europa und die USA formieren Finanzüberwachung

Garry Schinasi, More than one Step to financial stability, *Bruegel*, 28.10.2009

Durch die Formierung einer Reihe neuer Finanzaufsichtsinstitutionen versuchen die USA und Europa zukünftigen Finanzkrisen vorzubeugen. Die EU strebt die Einrichtung eines European Systemic Risk Board (ESRB) für makroökonomische Überwachung und eines European System of Financial Supervision (ESFS) für mikroökonomische Regulierung an. Doch dieses Frühwarnsystem wird keinen Erfolg haben, solange ein legislativer Rahmen zur Durchsetzung von Forderungen fehlt, mit dem der Insolvenz von grenzübergreifenden, systemrelevanten Finanzinstitutionen (SIFI) entgegengewirkt werden kann. Außerdem brauchen die Zentralbanken größere Zuständigkeiten, um finanzielle Märkte mitregulieren zu können.

Fakt ist, dass die beaufsichtigende und regulierende Aufsichtsstruktur durch die globale Finanzkrise gnadenlos überfordert wurde. Diese war nicht in der Lage, die Krise zu erkennen, geschweige denn sie zu verhindern, da sie den neuen Entwicklungen auf den Finanzmärkten nicht ausreichend angepasst war. Neue Frühwarnsysteme müssen demnach modifizierbar und in der Lage sein, Quellen finanzieller Risiken zu identifizieren, zu beobachten und zu entschärfen. Doch es geht nicht nur darum, Risiken zu erkennen, sondern auch darum, die Tragweite neuer Risiken zu berechnen. Sowohl die USA als auch Europa planen Reformen des Finanzsystems. Um den Herausforderungen zukünftiger Krisen gerecht zu werden, muss sichergestellt sein, dass die Zentralbanken das nötige Handwerkszeug besitzen, um sowohl ihre monetäre als auch finanzielle Stabilität zu sichern. Zudem sollten „Over-The-Counter“-Derivative (OTC) nicht länger nur auf bilateraler Basis gehandelt und verwaltet werden, sondern durch multilaterale, zentrale Clearinggesellschaften. Des Weiteren müssen die zwischenzeitlichen Vorteile und Kosten von systemisch wichtigen Finanzinstitutionen überdacht und genauer untersucht werden. Einige dieser Institutionen galten als zu groß, um gut geführt zu werden und waren letztendlich kaum zu retten. Nur enorme Finanzspritzen von Seiten des Staates konnten sie vor dem Untergang bewahren.

Die Agenda lautet nun:

- Etablierung von Früherkennungsmechanismen zur Intervention und Problemlösung, um frühzeitiges und strukturiertes Eingreifen bei funktionsunfähigen Finanzinstitutionen zu ermöglichen
- Erhalt der Unabhängigkeit der Zentralbanken, die diese zum Umsetzen monetärer Vorhaben brauchen

- Autorität und angemessene Mittel für die Zentralbanken, um das reibungslose Funktionieren der Finanzmärkte und die Stabilität des Finanzsystems generell sicherstellen zu können
- Erweiterte Kompetenzen für Prüfinstitutionen, damit diese auch Veränderungen fordern und bewirken können. [Mehr...](#)

Die demographische Zukunft Europas: Qualität statt Quantität

Reiner Klingholz, Europe's Real Demographic Challenge, *Policy Review*, Oktober/November 2009

Bis 2050 wird Europa 50 Mio. Einwohner verlieren, was in etwa der Bevölkerungszahl Griechenlands und Polens entspricht. Gleichzeitig nimmt die Überalterung der europäischen Bevölkerung zu. Schon oft haben die Hiobsbotschaften der Demographen Wirtschafts- und Militärexperten dazu verleitet, vor gravierenden Konsequenzen für die Sicherheit Europas zu warnen. Doch die Annahme, dass sinkende Einwohnerzahlen etwas Negatives in einer überbevölkerten und ressourcenknappen Welt darstellen, ist nicht unbedingt gerechtfertigt. Denn für Europa und die Welt sind die Entwicklungen nicht nur eine Herausforderung, sondern auch eine große Chance.

Der Bevölkerungsrückgang in Europa wird zwar teilweise durch die wachsende Immigration wettgemacht, was auch den Bevölkerungsdruck in den Herkunftsländern der Einwanderer mindert. Andererseits ändert dies nichts daran, dass sinkende Bevölkerungszahlen für die wirtschaftliche Entwicklung Europas langfristig ein großes Problem darstellen. Doch das Beispiel Finnland zeigt, dass niedrige Bevölkerungszahlen nicht unbedingt mit wirtschaftlichem Abstieg einhergehen. Die sogenannte „Nokia Wirtschaft“ beweist, dass der Schlüssel zu Wirtschaftswachstum im Bildungsbereich liegt. Der wissensintensive Sektor birgt großes Zukunftspotential, da er durch Investitionen im Bildungswesen und karrierebegleitende lebenslange Fortbildungsmaßnahmen effektiv gefördert werden kann. Zudem ist eine gesteigerte Wertschätzung älterer Arbeitnehmer bedeutend. Denn entgegen landläufiger Annahmen, dass Ältere Jüngere Arbeitsplätze wegnehmen, haben Erfahrungen beispielsweise in der Schweiz gezeigt, dass Arbeitnehmer über 55 so produktiv arbeiten, dass ihre Tätigkeit sogar zusätzliche Arbeitsplätze schafft. Ein späteres Renteneintrittsalter wird sich hierbei nicht umgehen lassen, auch wenn das politisch ein heikles Thema ist. Bemerkenswert ist, dass gerade in den Volkswirtschaften, in denen ältere Arbeitnehmer größere Chancen haben, auch Frauen vermehrt berufstätig sind. Dabei weisen sie trotzdem höhere Geburtenziffern auf, was sich vor allem in den skandinavischen Ländern beobachten lässt. Offensichtlich wirkt sich finanzielle Sicherheit positiv auf die Entscheidung für Nachwuchs aus. Moderne Familienpolitik macht sich somit wirtschaftlich wie demographisch bezahlt. Dies wiederum unterstreicht, dass Gleichstellung und Förderung bisher benachteiligter Gruppen im Arbeitsmarkt für die Zukunft Europas ebenso zentral sein werden wie erhöhte Produktivität und vermehrte Innovation in einer stark wissensorientierten Wirtschaft.

Auch bei niedrigen Bevölkerungszahlen ist also wirtschaftlicher Wohlstand möglich. Dies lässt sich durch die Förderung von Frauen und älteren Arbeitnehmern, höheren Investitionen im Bildungsbereich und der Integration von Einwanderern mit hohem Bildungsniveau erreichen. Es kommt nicht darauf an, die Zahl der Einwohner zu erhöhen, sondern ihre Qualifikationen zu verbessern, damit Europa in der Welt von Morgen bestehen kann. Nachhaltigkeit ist ein Prinzip, das auch auf demographischer Ebene mehr Beachtung finden muss. [Mehr...](#)

Folgt auf die Europäische jetzt die Asiatische Union?

Norbert Walter, The Asian Single Market: A Necessity, *Deutsche Bank Research*, 07.12.2009

Regionale Beziehungen sind eine wahre Erfolgsgeschichte für Asien. Davon zeugen vor allem der rege Warenaustausch innerhalb der Region, die Steigerung der ausländischen Direktinvestitionen und die Ausbreitung regionaler Managementmethoden. Ebenso macht sich die fast uneingeschränkte Freizügigkeit der Arbeitskräfte für Asien bezahlt. Doch obwohl die Region interne Barrieren weitgehend aus dem Weg geräumt hat, gibt es noch lange kein nachhaltiges oder starkes Zusammenwachsen der verschiedenen nationalen politischen Strukturen. Was Asien braucht ist eine übergeordnete Instanz. Bisher mangelt es an einer funktionstüchtigen exekutiven Struktur.

Ansätze einer asiatischen Union sind bereits zu erkennen: In Asien gibt es verschiedene regionale Marktstrukturen, von dem Verband Südostasiatischer Nationen (ASEAN) über ASEAN + 3, zu dem auch China, Japan und Süd-Korea gehören, bis hin zur Asiatischen Wirtschaftsgemeinschaft (Asian Economic Community, AEC). Doch alle diese Zusammenschlüsse hatten bisher nur geringe Auswirkungen, und die Effektivität des ASEAN Sekretariates ist umstritten. Dies macht deutlich: Die wirtschaftlichen Integrationserfolge Asiens verlangen nach einem geeinten asiatischen Markt, doch die institutionellen Rahmenbedingungen fehlen. Um nationale Wirtschaftsprogramme regionalen wirtschaftlichen Interessen anzugleichen, benötigt Asien eine Institution ähnlich der Europäischen Union. Obwohl die Entwicklungen des letzten Vierteljahrhunderts zeigen, dass der regionale Handel an Bedeutung gewonnen und sich stark intensiviert hat, konzentriert sich Asien noch zu stark auf die asiatischen Großmächte und die wirtschaftlichen Drehscheiben wie Hongkong und Singapur. In Zukunft müssen Exzellenzcluster in der Region angesiedelt und grenzübergreifend in ganz Asien etabliert werden. Sollte dies nicht gelingen, werden sich wirtschaftliche Entwicklungen und Innovationen auf höchstem Niveau eher in anderen Teilen der Welt vollziehen.

Europa hat schon früh die Bedeutung eines geeinten Marktes erkannt. Nach dem Zweiten Weltkrieg brachte die europäische Elite den politischen Willen für die wirtschaftliche Einigung auf. In Asien fehlt bisher das Gefühl der Dringlichkeit für einen wirtschaftlichen wie politischen Zusammenschluss. Trotzdem könnten zwei unterschiedliche Wege zum Erfolg führen: Zum einen könnte die Einigung der asiatischen Nationen von mehreren der kleineren asiatischen Ländern ausgehen. Zum anderen könnte eine der drei großen asiatischen Nationen die Führung des Einigungsprozesses übernehmen. Noch 1990 hätte Japan die Führungsrolle innegehabt. Heute muss ein geeinter asiatischer Markt realistisch von China geführt werden, aber mit Rücksicht auf die Bedürfnisse der kleineren Märkte in der Region. Und falls China zögert, steht mit Indien schon der nächste Anwärter auf die Führungsposition in den Startlöchern. [Mehr...](#)

Europa muss sein Verhalten gegenüber den USA neu definieren

Jeremy Shapiro et al., *Toward a Post-American Europe: A Power audit of US-EU Relations*, *European Council on Foreign Relations*, Oktober 2009

Die Europäer müssen größere Einigkeit in ihrem Verhalten gegenüber den USA zeigen, wenn sie ihre bedeutende Stellung auf der Weltbühne behalten wollen. Um ein wirkliches Signal auf transatlantischer und globaler Ebene zu setzen, muss Europa der Welt zeigen, was die wirklichen Interessen der Europäer sind und diese auch geeint durchsetzen. Für die Amerikaner hingegen ist es ebenso wichtig, dass die Europäer ihre Position selbstsicherer und konsequenter verfolgen. Es ist an der Zeit, einen post-amerikanischen Ansatz in den transatlantischen Beziehungen zu finden.

Das Verhältnis Europas zu den USA zeichnet sich durch bestimmte eingefahrene Vorstellungen aus, die überwunden werden müssen, um die transatlantischen Beziehungen effektiver zu gestalten. Europa redet immer noch von einer gemeinsamen Vergangenheit und von gemeinsamen Werten. Damit wird impliziert, dass Europa der natürliche und traditionell wichtigste Partner der USA ist. Doch laut Obama werden China und die USA das 21. Jahrhundert prägen. Zudem versuchen die verschiedenen europäischen Regierungen, die USA auf unterschiedlichen Ebenen in Dialoge zu verwickeln – bilateral, im Rahmen der NATO und auf EU-Ebene. Hierbei versuchen sie zumeist, Washington zu gefallen und den USA Zugeständnisse zu machen, anstatt sich auf gemeinsame europäische Aufgaben und eigene Ziele zu konzentrieren. Doch selbst in Bereichen wie der Klimapolitik, in der Europa versucht, sich einig und als Beispiel für andere Nationen zu präsentieren, bleibt ihr Einfluss auf die USA gering. Washington hingegen wird weiterhin eigenen Interessen folgen und mit den Partnern zusammenarbeiten, die bei der Umsetzung dieser Interessen am nützlichsten sind. Die USA verhalten sich pragmatisch: Sie ignorieren Europa, wenn es keine geeinte Meinung hat, beispielsweise in der Chinapolitik; sie umgehen es, wenn es als Opposition auftritt, wie bei Problemen im Irak und im Nahen Osten; sie nutzen Europa, wenn sie auf Zustimmung stoßen, wie es im Afghanistan- und Iran-Konflikt der Fall ist; sie spalten Europa und setzen eigene Ziele mit Partnern gleicher Meinung um, zum Beispiel bei Verhandlungen mit Russland. Die Obama-Administration sieht sich nicht länger als

Schutzpatron Europas, sondern sucht nach einem ebenbürtigen Partner mit eigenen Zielen und klar formulierten Standpunkten.

Zu drei Themengebieten muss sich Europa klarer positionieren:

- Europa muss sich seiner Ziele in Afghanistan bewusst werden. Es kann nicht länger immer nur das tun, was den USA gefällt.
- Europa muss sich verantwortlicher in seiner Haltung zu Russland zeigen. Die Russlandpolitik spaltet Europa, besonders die neuen von den alten EU-Staaten. Und anstatt abzuwarten, was die USA empfehlen, sollte Europa den internen Konflikt selbst lösen.
- Europa muss klarere Ziele im Bezug auf Iran und Israel formulieren. Wenn Europa unabhängig von den USA handelt, kann es seinen wirtschaftlichen Einfluss nutzen, den Iran von seinen atomaren Aufrüstungsvorhaben abbringen sowie Israel dazu bewegen, nicht weiter zu expandieren.

Europa muss Abhängigkeit durch Eigenverantwortung ersetzen und Kompromisse Einstimmigkeitsabstimmungen vorziehen. Zudem darf es sich den USA nicht anbiedern. Damit das transatlantische Verhältnis auch in Zukunft Perspektive hat, ist es an der Zeit, ein post-amerikanisches Europa einzuläuten. [Mehr...](#)

Afghanistan: Vereinigung von OEF- und ISAF-Mission notwendig

Christopher J. Lamb et al., Key to Special Operations and Irregular Warfare in Afghanistan, *Joint Forces Quarterly*, Januar 2010

Laut US-Militärexperten sind nicht Aufständische und Terroristen das größte Problem für den Westen in Afghanistan, sondern die eigene Unfähigkeit, eine gezielte Strategie in der Kriegsführung zu verfolgen. Es gibt unterschiedliche Meinungen darüber, wie Taliban und al-Qaida am effektivsten bekämpft werden können. Diese Uneinigkeit hat nicht nur reguläre Truppen und Spezialeinheiten gegeneinander aufgebracht, sondern auch Amerikaner und Europäer entzweit und die Zusammenarbeit mit zivilen Kräften vor Ort erheblich erschwert. Um endlich Erfolg zu haben, muss das US-Militär diese Spannung schnellstens abbauen. Gemeinsame Kommandostrukturen für militärische und zivile Einheiten müssen entwickelt und konkret umgesetzt werden. Dies kann nur durch ein Zusammenführen der Operation Enduring Freedom (OEF) mit der ISAF-Mission erreicht werden.

Eine gemeinsame Strategie für Afghanistan zu entwickeln hat sich bisher auf Grund der gravierenden Unterschiede in dem Verständnis der effektiven Terror- und Aufstandsbekämpfung von Amerikanern und Europäern als schwierig erwiesen. Die USA setzten darauf, feindliche Anführer gezielt zu eliminieren, während die Europäer Stabilisierung und zivil-militärische Zusammenarbeit bevorzugen. Unter der Obama Regierung hat sich die amerikanische der europäischen Vorgehensweise angenähert und betont jetzt verstärkt eine Strategie, die auf vertrauensschaffende Maßnahmen bei der Bevölkerung abzielt und somit zivile Opfer vermeiden soll. Vor allem bei den Spezialeinheiten hat dies ein Umdenken erfordert. Die Integration von regulären sowie Spezialeinheiten der OEF in die Kommandostrukturen der ISAF-Mission wird daher einfacher sein, als es zuerst erschien. Beide Missionen unter ein einheitliches amerikanisches Kommando zu stellen wird den Europäern außerdem zeigen, dass die USA nicht beabsichtigen, die Kriegslast auf Europa zu schieben. Im Bereich der zivil-militärischen Kooperation wird es unumgänglich sein, Zivilisten und Soldaten unter einem geeinten Kommando formal zu integrieren (wie dies beispielsweise unter General MacArthur in Japan nach dem Zweiten Weltkrieg der Fall war). Wichtig ist, dass im Zweifelsfall die Sicherheitssituation in Afghanistan bestimmt, wer die letzte Entscheidungsgewalt trägt – in den instabilen Regionen der militärische Oberbefehlshaber, in stabileren Gegenden der amerikanische Botschafter als oberster Zivilbeamter.

Eine Zusammenführung der OEF- und ISAF-Missionen ist auch aus afghanischer Sicht wünschenswert, da das UN-Mandat der ISAF mehr Legitimität verleiht. Stärkere Unterstützung der Soldaten durch Einheimische wiederum wird die Gefangennahme der aufständischen Anführer wesentlich erleichtern. Amerikaner und Europäer sind dabei, sich im strategischen Denken näher zu kommen: Jetzt bietet sich die einmalige Gelegenheit, zivile wie militärische Kräfte in Afghanistan unter ein einheitliches Kommando zu stellen und eine gemeinsame Strategie zu verfolgen. Dies wird nicht nur langfristig kostengünstiger sein, sondern auch die Erfolgchancen für den Westen erheblich erhöhen. [Mehr...](#)

Entscheidet die Kaschmir-Frage über den US-Erfolg in Afghanistan?

Joshua Gross, The Forgotten Front, *Foreign Policy*, 06.11.2009

Bisher konnte sich die US-Regierung gut aus dem Kaschmir-Konflikt heraushalten und hat das Thema dementsprechend vernachlässigt. Doch nun steigt der Druck: Eine Lösung der Kaschmir-Frage, bei der sich immerhin zwei Nuklearmächte gegenüberstehen, ist nicht nur wichtig für Südasien, sondern auch zentral für die nationale Sicherheit der USA, die in engem Zusammenhang mit der Stabilisierung Afghanistans stehen. Je länger der risikoreiche Status Quo akzeptiert wird, desto gefährlicher wird die Sicherheitslage in Südasien. Die Beilegung des ausweglos erscheinenden Konfliktes darf nicht länger als lästige Nebenhandlung verstanden werden. Um Afghanistan erfolgreich zu befrieden, muss die Lösung der Kaschmir-Frage für die USA zur absoluten Notwendigkeit werden.

Sowohl Indien als auch Pakistan misstrauen den USA im Kaschmir-Konflikt. Washington hält seine Karten verdeckt, dabei muss Obama nun Akzente setzen. Richard Holbrooke, Sondergesandter der USA für Afghanistan und Pakistan, könnte für neue Impulse in den festgefahrenen diplomatischen Beziehungen sorgen. Zudem hat Kaschmirs Separatistenführer Mirwais Umar Farooq Verhandlungshilfe seitens der USA gefordert. Obama sollte also formale Verhandlungen vorantreiben, vor allem auch durch die Thematisierung des Konfliktes bei Verhandlungen mit Indiens Premierminister Singh. Denn Indien, als die größere und stärkere Macht, besteht weiterhin darauf, dass der Konflikt um Kaschmir eine bilaterale Frage ist und wendet sich energisch gegen die Einmischung Dritter. In der Vergangenheit hat die indische Regierung dies bei diplomatischen Gesprächen mit Washington immer wieder deutlich gemacht. Dennoch muss Obama versuchen, Indiens Haltung im Kaschmir-Konflikt geschickt zu beeinflussen. Während offiziell klimapolitische und wirtschaftliche Themen mit Indien diskutiert werden, müssen die USA mit Hilfe von Hinterzimmerpolitik die wirklich bedeutenden Punkte auf die Agenda bringen: Kaschmir braucht endlich klar definierte Grenzen, die Menschen der Region sollen ihre Unabhängigkeit erlangen und dem Terrorismus in der Region muss ein Ende gesetzt werden. Zudem soll die Truppenanzahl entlang der 740 Kilometer langen militärischen Kontrolllinie zwischen Indien und Pakistan reduziert werden.

Eines ist der Obama-Administration klar: Um in Afghanistan erfolgreich zu sein, müssen die USA eine aktivere Rolle bei der Lösung des Kaschmir-Konfliktes spielen. Indien soll Pakistan Zugeständnisse in der Kaschmir-Frage machen. Als Gegenleistung soll Pakistan die US-Mission in Afghanistan stärker unterstützen. Auch wenn das Thema kein populäres ist, sollten sich U.S. Diplomaten mehr darum bemühen, Pakistan und Indien zu erneuten Verhandlungen zu bewegen, um die Region endlich zu befrieden. Präsident Clinton versprach bereits während der Kargil-Krise 1999, dass es der USA ein wichtiges Anliegen sei, die Kaschmir-Frage zu lösen. Obama sollte dieses Versprechen nun einlösen. [Mehr...](#)

Islam: Madrasa-Schulen könnten Verständigung mit Westen fördern

Douglas M. Johnston, Faith-Based Diplomacy: Bridging the Religious Divide, *Baker Institute*, 19.10.2009

Der Westen und die muslimische Welt reden aneinander vorbei: Während der Westen politische Entscheidungen auf Basis rationaler Entscheidungen fällt und auf die strenge Trennung von Religion und Staat besteht, ist im Islam beides untrennbar verwoben. Die mangelnde Kommunikationsfähigkeit zwischen dem Westen und dem Islam ist bei der Konfliktbeilegung ein gewaltiges Problem. Solange sich beide Seiten nicht auf kultureller Ebene verständigen, kann selbst ein militärischer Sieg die Auseinandersetzungen nicht wirklich beenden. Was jetzt in der Terrorbekämpfung und in den Krisenregionen von Afghanistan bis Irak gebraucht wird, ist eine verstärkte diplomatische Offensive, gestützt auf religiöse Argumente.

Großes Potential für die Bekämpfung des Fanatismus im Islam hat die religiöse Argumentationsführung. Im Westen wird oft nicht realisiert, dass der größte Feind des Fundamentalismus die Bildung ist. Viele junge Männer sind leicht zu radikalisieren, weil sie den Koran nur vom Auswendiglernen in der Schule und auch nur auf Arabisch kennen, obwohl ihre Muttersprache oft eine ganz andere – zum Beispiel Urdu in Pakistan – ist. Dies macht sie zugänglicher für Fehllehren von Volksverhetzern. Dabei bieten die typischen Lehrstätten, die Madrasa-Schulen, eigentlich einen guten Ansatzpunkt, um interkulturelle und interreligiöse Toleranz zu fördern. Denn selbst wenn der Lehrstoff fast ausschließlich religiös geprägt ist, gibt

es die Möglichkeit, natur- und geisteswissenschaftliche Fächer einzuführen. Besonders wichtig sind die Behandlung von Themen wie Menschenrechten und das Recht auf Bildung für Mädchen. Zudem müssen die Pädagogen lernen, ihren Schülern kritisches Denken beizubringen, um der Verbreitung von Irrlehren vorzubeugen.

Die Madrasa-Schulen müssen wieder mit Stolz auf ihre geschichtliche Rolle als Zentren der Gelehrsamkeit blicken. Damit solche Umstellungen möglich sind, müssen sich religiöse und weltliche Führer im Islam genauso wie im Westen besser verständigen können. Auch hier bietet die Religion ein gemeinsames Vokabular und kulturelles Erbe an, was die Obama-Regierung beispielsweise durch engere Zusammenarbeit mit der muslimischen Gemeinde in den USA noch viel besser nützen könnte. Die amerikanischen Muslime könnten das nötige Personal stellen, um als Militärgeistliche und als „Attachés für Religionsfragen“ an diplomatischen Vertretungen in Krisengebieten zu wirken. Hierzu müssten etwa 30 neue Attachéstellen im U.S.-Außenministerium etabliert werden. Dies wird Kosten in Höhe von 10 Mio. US-Dollar verursachen – im Vergleich zu den Milliarden, die die Terrorbekämpfung bisher verschlingt, eine eher kleine Summe. [Mehr...](#)

Nordkorea-Konflikt: China muss endlich Stellung beziehen

Shades of Red: China's Debate over North Korea, *Crisis Group*, 02 .11.2009

Chinas Unterstützung der UN-Resolution 1874 wird im Westen als Zeichen einer härteren Haltung gegenüber Nordkorea bewertet. Doch das Gegenteil ist der Fall – China setzt weiterhin auf gute Beziehungen zu Pjöngjang, um die Stabilität des nordkoreanischen Regimes aus Eigeninteresse zu erhalten. Denn nichts fürchtet China so sehr wie Instabilität entlang seiner Grenzen, nordkoreanische Flüchtlingsströme oder die strategischen Auswirkungen einer möglichen Wiedervereinigung der koreanischen Halbinsel. China will verhindern, dass durch die Wiedervereinigung eine direkte Grenze zu einem direkten Verbündeten der USA entsteht. Peking überlässt die heikle Frage der nuklearen Abrüstung einfach den USA und konzentriert sich auf seine bilateralen Beziehungen zu Pjöngjang. Doch eine beginnende Diskussion innerhalb Chinas bietet dem Westen Ansatzmöglichkeiten dies zu ändern.

Seit dem Untergang der Sowjetunion ist China der einzige große Verbündete Pjöngjangs. Im Koreakrieg kämpfte das kommunistische China an der Seite der Nordkoreaner gegen Südkorea, das von US-geführten UN-Truppen unterstützt wurde. Auf der Basis dieser traditionellen Verbundenheit hebt Peking trotz der Differenzen über das nordkoreanische Atomprogramm den privilegierten Charakter seiner bilateralen Beziehungen zu Nordkorea hervor. Doch China ist gespalten. Die Strategen, hauptsächlich westlich orientierte und amerikafreundliche Intellektuelle, halten Nordkoreas Verhalten im Atomkonflikt für unverantwortlich und sehen darin eine Gefährdung der Sicherheit in chinesischen Grenzregionen. Sie fordern eine stärkere Kooperation Chinas mit den USA. Die Traditionalisten hingegen, die eine eher konservativere Politiklinie verfolgen, halten die chinesischen und amerikanischen Interessen für grundsätzlich unvereinbar und setzen auf eine Fortsetzung der Unterstützung ihres traditionellen Partners Nordkorea. Doch dies ist für die USA und Japan nicht akzeptabel: Sie drängen China und Südkorea, die beiden wichtigsten Handelspartner Nordkoreas, ihre diplomatischen und wirtschaftlichen Beziehungen zu Nordkorea stärker an Bedingungen zur nuklearen Abrüstung zu koppeln. So untersagt Japan beispielsweise allen nordkoreanischen Schiffen, japanische Häfen anzulaufen, und verbietet alle Importe aus Nordkorea. Diese Bemühungen stehen in direktem Gegensatz zu den südkoreanischen und chinesischen Bestrebungen, die Spannungen auf der koreanischen Halbinsel zu entschärfen. China und Südkorea wollen verhindern, dass scharfe Sanktionen eine wirtschaftliche und politische Krise in Nordkorea auslösen und die Stabilität der Region gefährden.

Während die Strategen genauso wie westliche Analytiker die nukleare Abrüstung als Voraussetzung für Frieden und Stabilität sehen, gehen die Traditionalisten davon aus, dass erst Frieden und Sicherheit durch gute Beziehungen mit Nordkorea geschaffen werden müssen, um den Atomstreit beenden zu können. China ist ähnlich wie der Westen zutiefst besorgt, dass Nordkoreas Atomtest ein Wettrüsten in Nordostasien oder eine weitflächige Ausbreitung von Atomwaffen im asiatischen Raum auslöst. Für den Westen ist es

wichtig, die interne chinesische Debatte zu begreifen und sie in eigene Berechnungen zur Situation in der Region einzubeziehen. Gleichzeitig muss der Druck auf Peking erhöht werden, in der nordkoreanischen Atomfrage endlich Stellung zu beziehen. [Mehr...](#)

Pro & Contra: Kann der Westen die Entwicklung in Russland beeinflussen?

Pro: Einmalige Gelegenheit

Ariel Cohen, Russia's Economic Crisis and U.S.-Russia Relations: Troubled Times Ahead, *Heritage Foundation*, 02.11.2009

Die Auswirkungen der Finanzkrise in Russland bieten den USA die einmalige Chance, auf die Entwicklung des Landes einzuwirken. Die fallenden Rohstoffpreise haben Moskau veranlasst, seine aggressive Rhetorik etwas zu entschärfen. An der anti-amerikanischen Außenpolitik hat sich jedoch grundlegend nichts geändert. Die US-Regierung sollte daher versuchen, Russland verstärkt in internationale Vereinbarungen und Märkte zu integrieren, beispielsweise durch Unterstützung des russischen Beitritts zu Welthandelsorganisation und OECD. Dies bietet auch die Möglichkeit der Abstrafung bei weiterhin unnachsichtigem Verhalten.

Die Bestrebungen Russlands, Milliarden von Dollar bei der Weltbank für soziale Projekte im Zeitraum 2010 bis 2012 zu leihen, kann Washington von der Kooperation Moskaus beim Thema Iran sowie von größerer Transparenz in der russischen Wirtschaft abhängig machen. Es ist in Moskaus eigenem Interesse, sich weg vom autoritären Petrostaat hin zu Rechtsstaatlichkeit und funktionierender freier Marktwirtschaft zu entwickeln. Washington muss Moskau klar machen, dass es für Russland langfristig lohnender ist, mit dem Westen zu kooperieren, anstatt gegen ihn zu arbeiten. [Mehr...](#)

Contra: Lieber die Hände davon lassen

Dmitri Simes et al., The Kremlin Beggars to Differ, *The National Interest*, November/Dezember 2009

Auf Russland Einfluss zu nehmen ist leichter gesagt als getan. Komplexe interne Mechanismen bestimmen in Moskau das Zusammenspiel von Innen- und Außenpolitik. Diese sind für Ausländer kaum durchschaubar, nicht zuletzt aufgrund der allgegenwärtigen Korruption. Die Finanzkrise hat zwar den bisher von hohen Rohstoffpreisen getragenen gesellschaftlichen Konsens in Russland geschwächt, aber noch keinen nennenswerten Widerstand gegen die Verstrickungen der Sicherheitskräfte in Staat und Wirtschaft hervorgerufen.

Nach wie vor hängt in Moskau viel von der Tandem-Herrschaft Medwedews und Putins ab. Im Westen hält man Medwedew für die Verkörperung liberaler Tendenzen in der russischen Politik, Putin für den Stellvertreter konservativer, autoritärer Tendenzen. Bevor sich der Westen einmischt, sollte er sich an seine fehlgeschlagenen Bemühungen zur Unterstützung Boris Jelzins erinnern, die nicht wenig zu der heutigen Lage und den anti-amerikanischen Ressentiments beigetragen haben. Die fehlende Transparenz der Verhältnisse vor Ort birgt die Gefahr, dass amerikanische wie europäische Einmischungsversuche schnell kontraproduktiv und unter Umständen auch sehr kostspielig werden können. [Mehr...](#)

Die *Global Must Reads* werden von der Atlantischen Initiative e.V. herausgegeben.

ATLANTISCHE INITIATIVE



Vorstand: Dr. Johannes Bohnen und Jan-Friedrich Kallmorgen (V.i.S.d.P.)

Verantwortliche Redakteure: Björn Sacknieß/Jade Tänzler

© Atlantische Initiative e.V. – Wilhelmstraße 67 – 10117 Berlin

Tel: +49 - 30 - 206 337 88 – Fax: +49 - 30 - 206 337 90

Email: info@atlantische-initiative.org